

Verband der Bürgerinitiativen entlang der Betuwe-Linie

Betuwe – so nicht! sondern besser!

3. März 2017

Sprecher (u.a.)
Gert Bork ☎ 0281-64355
Achim Schmitz ☎ 0178-3893801
Axel Pansegrau ☎ 02857-1537
Hans-Jürgen Wernicke ☎ 02828-314

admin@betuwe-niederrhein.de

www.betuwe-niederrhein.de
www.betuwe-gefahr.de

Bürgerinitiativen enttäuscht – kein konkretes Ergebnis

Fazit zur Informations- und Diskussionsveranstaltung des Kreises Wesel am 2. März 2017 in Voerde

- Nichts Neues zum Projekt Betuwe
- Erfolgsrezept aus Baden-Württemberg – das sollte unserer Region Vorbild sein
- Inszeniertes, unverbindliches gemeinsames Statement voller Selbstverständlichkeiten statt einem konkreten, offiziellen und zielgerichteten Appell

Die Bürgerinitiativen hatten im Kreistag den Kreis Wesel öffentlich aufgefordert, endlich seine betroffenen Kommunen entlang der Betuwe zu unterstützen, und dies auch in den Arbeitskreis Betuwe getragen. Herausgekommen war diese Veranstaltung, mit Anmeldezwang per Mail und wenig Werbung bei den Bürgern um Teilnahme. Das Programm – und die wichtigen Redner – wurden erst am Veranstaltungstag per Mail zugestellt. Beiliegend das Programm. Weder das Eisenbahnbundesamt noch die Bezirksregierung waren anwesend, auch der Oberhausener Oberbürgermeister nicht.

Zum Projekt gab es keine wirklichen Neuigkeiten:

- Die Stadt Oberhausen hält an der Klage gegen den Planfeststellungsbeschluss fest, nach wie vor wird mit den Feuerwehren um jedes kleine Detail ihrer Forderungen gefeilscht.
- Die allseits gern als Schuldige bezeichneten sitzen nicht im Saal, also kein Vertreter des Eisenbahnbundesamtes, kein Vertreter der Bezirksregierung Düsseldorf.
- Robert Polmann, Abteilungsleiter niederländischen Brandweer Gelderland-Midden, erläuterte eindrucksvoll, wie wichtig möglichen Erdung und Stromabschaltung durch die Feuerwehren ist – 45 Minuten auf den Notfallmanager der Bahn warten hätte katastrophale Folgen. Derartige Technik für Feuerwehren ist bei uns nicht vorgesehen, auch die durchgehende Zugänglichkeit der Bahnstrecke für Einsatzfahrzeuge sowie eine Löschwasserversorgung mit 6.000 Litern/Minute über einen Zeitraum von mindestens vier Stunden ist noch nicht gewährleistet – mangels Geld.
- Nach wie vor werden wir Bürger auf Ergebnisse vertröstet, die in vertraulichen Gesprächen im Hintergrund laufen würden (z.B. 42 Stellen transparenter Lärmschutz in Voerde, wenn denn das Eisenbahnbundesamt mitspielt...) Bürgermeister hoffen immer noch auf gute Angebote der Bahn.

- Der Vertreter der Deutschen Bahn AG stellte erneut unmissverständlich klar: Es geht nur um einen wirtschaftlichen Ausbau, die Bahn sei nur Sachwalter des Geldes der Bundesrepublik Deutschland. Nicht alle Forderungen seien sachlich gerechtfertigt. Kein Wort zu Sicherheitsaspekten und Gesundheit der Anwohner – nicht der Mensch, nur die Wirtschaftlichkeit ist der Maßstab für die Deutsche Bahn AG.
- MdB Dr. Hans-Ulrich Krüger versicherte: Das Geld für Sicherheitstechnik sei bereitgestellt – jedoch müssten die Feuerwehren, die schon zu 80 % zugestimmt hätten, auch den Rest der Kompromisse akzeptieren. Bedenklich, wenn unsere Retter und Helfer endlos um jedes Detail ringen müssen.

Lichtblick war der eingeladene Gastredner aus Freiburg vom Freiburger Regierungspräsidenten. Abt.Präs. a.D. Werner Hoffmann konnte berichten, dass für den 110 Kilometer langen Abschnitt der Trasse Genua-Rotterdam 2,054 Milliarden für zusätzlichen Lärmschutz durchgesetzt werden konnten. Das Erfolgsrezept:

1. Verwaltungen müssen den Mut haben, über rechtliche Schatten zu springen, Verwaltungen müssen zu dreisten Planungen der Bahn auch mal nein sagen, offensichtlicher Unfug ist nicht planfeststellbar!
2. Regionen und Politik müssen über Kommunal- und Parteigrenzen hinweg geschlossen auftreten!
3. Die Landesregierung und der Verkehrsminister müssen Gesundheit und Sicherheit der Menschen am Gleis zur Chefsache machen!

Dann klappt es! So werden sinnvolle und nachhaltige Ergebnisse für das Gemeinwohl erreicht.

Von Diskussion keine Spur. Eine einzige Rede-Runde zum Schluss wurde mit drei jeweils zu vollendenden Sätzen gelenkt, in Richtung vorformulierter Allgemeinplätze.

Höhepunkt der Veranstaltung war ein nichtssagendes „Statement der Region“. Dieses völlig unverbindliche Statement mit nichtssagenden Phrasen, gekrönt von einer Selbstverständlichkeit „**Wir erwarten den vollen Einsatz unserer Mandatsträgerinnen und Mandatsträger**“ durfte jeder der wollte, unterzeichnen. Vom Landrat Dr. Müller hätten wir Bürgerinitiativen mehr erwartet, als wir im Kreistag seine Unterstützung der Kommunen beim Thema Katastrophenschutz gefordert hatten. Er könnte als Träger öffentlicher Belange mehr als nur „Statements der Region“ abgeben, könnte (ohne Kosten für den Kreis) mehr Sicherheit im Rahmen des Gleis-Ausbaus verlangen.

Wir fordern: Die gewählten Mandatsträger sollten dieses Statement jetzt sehr ernst nehmen und gemeinsam auf offiziellem Briefbogen der Kommunen an den Bundestag und den Bundesverkehrsminister schreiben – und das vom parlamentarischen Staatssekretär Enak Ferlemann in Aussicht gestellte Geld einfordern. Dann plant uns die Bahn menschenwürdigen, aktiven Lärmschutz ohne Lücken und Sicherheit auf dem Niveau der seit 2007 in den Niederlanden realisierten Standards.

Die Bürgerinitiativen protestieren gegen einen rücksichtslosen Gleis-Ausbau ohne ausreichende Sicherheitstechnik und ohne zeitgemäßen Lärmschutz. Allein in unserer kleinen Region werden Hunderttausende Anwohner und deren Nachkommen permanent gefährdet und in den nächsten 100 Jahren gesundheitlich belastet, weil Schienentransport sonst „unwirtschaftlich“ wird. Die Kosten für Gleis-Sicherheit müssen die Bürger über Ihre Gemeinde-Steuer zahlen. Abnehmende Lebensqualität schädigt dauerhaft unsere Gemeinwesen. Geschlossene Übergänge zerschneiden Städte. Es geht nicht nur um wenige Pechvögel, die zufällig am Gleis wohnen, denn der Lärmteppich entlang der Gleise reicht rechts und links jeweils einen Kilometer, tödliche Gaswolken nach Gefahrgutunfällen breiten sich rechts und links der Gleise jeweils bis zu acht Kilometer aus.